

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

25.10.2023

Inhalt

EWN

1 MV als „Brückenkopf“ für Energie aus Skandinavien <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 25.10.2023</i>	3
2 In Karlsburg bei Greifswald soll grüner Wasserstoff erzeugt werden <i>Ostsee-Zeitung.de, 24.10.2023</i>	4
3 Probefahrt für kommende Atommüll-Transporte von Jülich nach Ahaus <i>nw.de (Neue Westfälische), 24.10.2023</i>	6
4 Atommüll in Asse: Umweltminister fordert Tempo bei Bergung <i>Welt.de, 25.10.2023</i>	8
5 Biblis-Bauschutt: Jetzt klagt auch RWE <i>Rüsselsheimer Echo, 25.10.2023</i>	9

 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 25.10.2023 | S. 15 Auflage: 9.226 | Reichweite: 32.295 Frank Pfaff

MV als „Brückenkopf“ für Energie aus Skandinavien

Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) war zu Gesprächen in Stockholm und Oslo

Schweden und Norwegen betrachten Mecklenburg-Vorpommern nach den Worten von Wirtschaftsminister Reinhard Meyer als potenziellen Brückenkopf für Energielieferungen nach Deutschland. „Die Hinwendung zu klimafreundlichen Energieträgern erfordert den Aufbau neuer Transportnetze. Wir haben bei unseren Gesprächen in Stockholm und Oslo ein sehr ernsthaftes Interesse an einer engeren Zusammenarbeit auf diesem Gebiet festgestellt“, berichtete der SPD-Politiker nach dem Abschluss einer knapp einwöchigen Skandinavien-Reise, bei der er von einer Wirtschaftsdelegation aus Mecklenburg-Vorpommern begleitet wurde. Schweden etwa plane den verstärkten Export von auf See gewonnenem Windstrom, der direkt in die mitteleuropäischen Netze fließen oder zur Produktion des klimaschonenden Brennstoffs Wasserstoff genutzt werden könne. Lubmin bei Greifswald biete sich dabei geradezu als Anschlussstelle an, da dort sowohl leistungsfähige Stromleitungen als auch Anbindungen an das europäische Gasverteilnetz vorhanden seien. Auch das in Mukran auf Rügen geplante Terminal für Flüssigerdgas (LNG) komme nach dem Ende der LNG-Anlieferungen in Frage.

In Norwegen sei das Interesse am Hafen in Rostock besonders groß gewesen, der einer von nur zwei Häfen in Deutschland sei, in dem schon jetzt Ammoniak umgeschlagen werden könne. Der zu großen Teilen aus Wasserstoff bestehenden Verbindung wird neben dem

reinen Wasserstoff eine wachsende Bedeutung in den Energiekonzepten der Zukunft beigemessen. „Norwegen hatte unser Land zuletzt weniger auf seiner Landkarte. Ich bin sicher, das hat sich mit unserem Besuch geändert“, sagte Meyer.

Die Gespräche in Schweden hätten ihn zudem in seiner Überzeugung bestärkt, dass mit unterschiedlichen Strompreiszonen gezielt Strukturpolitik betrieben werden kann. „Schweden hat vier Strompreiszonen. Im Norden, wo besonders viel Ökostrom produziert wird, ist er auch am billigsten. Das lockt energieintensive Unternehmen an, die Arbeit in strukturschwache Regionen bringen“, sagte Meyer.

Die norddeutschen Bundesländer, in denen wegen der Kosten für den Netzausbau die bundesweit höchsten Strompreise erhoben werden, dringen seit langem auf eine gerechtere Lastenverteilung. Weil sich vornehmlich Länder im Süden der Forderung nach einer solidarischen Umlage verschließen, hatten die Regierungen im Norden die Einrichtung unterschiedlicher Strompreiszonen ins Spiel gebracht. „Wenn es mit der Angleichung der Netzentgelte nicht klappt, wird das wieder ein Thema“, machte Meyer deutlich. Nach Angaben der Bundesnetzagentur liegt dem Bundestag ein Gesetzentwurf vor, der die Agentur autorisieren würde, faire Netzentgelte einzuführen. Die Beratungen dazu sind noch nicht abgeschlossen.

📄 Ostsee-Zeitung.de | 24.10.2023

👤 Eckhard Oberdörfer

🔗 WEBLINK

ENERGIEWENDE IN MV

In Karlsburg bei Greifswald soll grüner Wasserstoff erzeugt werden

Greifswald

Noch wird Windstrom aus Mecklenburg-Vorpommern größtenteils exportiert. Nahe Karlsburg im Landkreis Vorpommern-Greifswald soll die von neuen Windrädern produzierte Energie aber nun für die Wasserstoffproduktion genutzt werden.

Die Erzeugung von Wasserstoff aus Wind- und Solarstrom ist eines der Kernanliegen der Energiewende. Zwischen Brüssow und Karlsburg soll sie Wirklichkeit werden. Investoren aus Mecklenburg-Vorpommern planen, dort leistungsstarke Windräder und eine Energiewandlungsanlage zur Produktion des grünen Wasserstoffs zu errichten.

„Wir wollen insgesamt sieben neue Windenergieanlagen bauen“, präzisiert Claudia Röhr, Sprecherin der Schweriner Naturwind GmbH. Deren Partner Grüne Gase ist für die Wasserstoffherzeugung, die Elektrolyse von Wasser, zuständig. Dabei entstehen Wasserstoff und Sauerstoff.

Baugenehmigung braucht noch mindestens zweieinhalb Jahre

In einem weiteren Schritt könnte Methan und somit Flüssiggas (LNG) produziert werden. Auch regenerative Kraftstoffe, die E-Fuels, sind eine Möglichkeit für die Zukunft. Eine Speicherung von Wasserstoff bei Karlsburg sei zu diesem Zeitpunkt indes nur bedingt vorgeesehen.

Bis zur Baugenehmigung werde es zudem mindestens zweieinhalb Jahre dauern. Damit eine Energiewandlungsanlage entstehen kann, muss die Gemeinde einen Bebauungsplan für ein sogenanntes Sondergebiet aufstellen und letztlich beschließen. Das Verfahren läuft seit August 2023.

Neue Windräder bei Greifswald sollen 200 Meter hoch sein

Der Plan sieht vor, in einem bereits bestehenden Windpark acht der dortigen 19 Windräder in einem ersten

Schritt durch drei größere zu ersetzen – man spricht von Repowering. „Sie werden je 5,7 Megawatt erzeugen und sind je 200 Meter hoch“, informiert Röhr. Südlich des bestehenden Windparks hat der Regionale Planungsverband Vorpommern zudem 77 Hektar für ein weiteres Windenergieeignungsgebiet ausgewiesen.

Hier sollen vier weitere 200 Meter hohe 5,7-MW-Anlagen entstehen. Naturwind geht davon aus, dass die bestehenden, kleineren Windräder in den nächsten Jahren allesamt verschwinden – die Förderung der letzten ab 1999 gebauten Anlagen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz läuft 2024 aus.

Die Bauanträge für die Windanlagen im alten Eignungsgebiet laufen seit 2020, Naturwind hofft auf eine Genehmigung Mitte nächsten Jahres. Für die vier Windräder im neuen Eignungsgebiet erfolgte die Beantragung 2021.

Gemeinde Karlsburg profitiert finanziell von den Windrädern

Für die Gemeinde lohnt sich die Investition mindestens 20 Jahre lang, 0,2 Cent soll sie in diesem Zeitraum für jede Kilowattstunde bekommen, etwa 120 000 Euro im Jahr. „Es werden dort auch Dauerarbeitsplätze entstehen“, so Röhr. Wie viele, sei jedoch noch unklar.

„Die Gemeindevertretung unterstützt den Bau einer Energiewandlungsanlage“, bestätigt Karlsburgs Bürgermeister Mathias Bartoszewski. Dafür spreche nicht nur der finanzielle Nutzen, mit dem Haushaltslöcher gestopft werden können und Investitionen in der Zukunft möglich werden. So sei auch die Abwärme, die bei der Erzeugung von Wasserstoff anfällt, erheblich.

Mit Abwärme könnten Karlsburger Wohnungen beheizt werden

Die Einspeisung dieser Energie in ein Abwärmenetz mit genügend Kunden bietet sich an, so Claudia Röhr. Das Klinikum und die Gemeinde Karlsburg, der Investor für das Schloss Karlsburg und dessen Nebengebäude sind potenzielle Kunden.

„In Karlsburg steht eine Reihe von Plattenbauten aus den 1960er-Jahren“, führt Bartoszewski weiter aus. „Die Wohnungen dort werden zum Teil noch mit Nachtspeicheröfen beheizt.“ In den Häusern wohnen viele Ältere und sozial Schwache. Diese Gebäude künftig mit der Abwärme der Energiewandlungsanlage zu beheizen, würde nicht nur Kohlendioxidemissionen vermeiden, sondern auch die Portemonnaies der Mieter schonen.

RADIOAKTIVE KUGELN

Probefahrt für kommende Atommüll-Transporte von Jülich nach Ahaus

Wohin mit Atommüll aus einem Reaktor in Jülich? Ein Transport nach Ahaus in ein Zwischenlager scheint wahrscheinlich. NRW kündigt eine Testfahrt an.

Düsseldorf (epd). Durch Nordrhein-Westfalen wird im November ein Straßen-Probetransport mit einem leeren Castor-Behälter für radioaktiven Abfall rollen. Die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen plane im kommenden Monat eine Probefahrt von Jülich nach Ahaus, kündigte das NRW-Ministerium für Wirtschaft und Energie am Dienstag in Düsseldorf an. Mit dem leeren Castor-THTR/AVR-Behälter sollen zudem die jeweils vor Ort erforderlichen Handhabungen erprobt werden. Konkrete Termine für Transport und „Kalthandhabung“ nannte das Ministerium nicht.

Hintergrund sind die für das kommende Jahr geplanten Straßen-Transporte mit sogenannten Kugelbrennelementen vom Forschungszentrum Jülich aus einem stillgelegten Versuchsreaktor zum Brennelemente-Zwischenlager in Ahaus. Auf der Straße sollen rund 300.000 abgebrannte Brennelemente transportiert werden. Die auf 20 Jahre begrenzte Betriebserlaubnis des Jülicher Lagers lief bereits 2013 aus. Deshalb erfolgte eine Räumungsanordnung. Doch mangels Alternativen lagern die radioaktiven Kugeln noch immer dort und sollen nun in Ahaus zwischengelagert werden. Doch auch die Genehmigung des dortigen Zwischenlagers ist befristet.

Die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen und die BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung führten die „Kalthandhabung“ im Rahmen des atomrechtlichen Aufsichtsverfahrens durch, erklärte das Ministerium. Daran nahmen die Atomaufsicht sowie Sachverständige teil.

Die zuständige Düsseldorfer Ministerin Mona Neubaur (Grüne) wies darauf hin, dass für die ausstehende Beförderung der 152 Castor-THTR/AVR-Behälter noch nicht alle technischen Voraussetzungen und Genehmigungen vorlägen. Darüber hinaus sei neben dem Genehmigungsverfahren für die Beförderung von Jü-

lich nach Ahaus auch das Genehmigungsverfahren für die Aufbewahrung der Kernbrennstoffe im bestehenden AVR-Behälterlager in Jülich weiterhin beim Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) anhängig.

Im Jahr 2014 war die unverzügliche Entfernung der Kernbrennstoffe aus dem AVR-Behälterlager in Jülich durch das NRW-Wirtschaftsministerium atomaufsichtlich angeordnet worden. Zum damaligen Zeitpunkt war nicht ersichtlich, ob und wann die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen die erforderlichen Nachweise für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung würde erbringen können, erläuterte das Ministerium. Erst im Jahr 2022 sei der Jülicher Entsorgungsgesellschaft seitens des Bundesamts (BASE) bestätigt worden, dass der Gesamtkomplex sicherheitstechnisch mit positivem Ergebnis geprüft wurde.

Unabhängig davon sei die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen weiterhin verpflichtet, die Arbeiten an der Option eines Zwischenlager-Neubaus in Jülich fortzuführen, erklärte das Düsseldorfer Ministerium.

Initiativen fordern Stopp der Straßentransporte

Neubaur betonte, dass die Genehmigung von Transporten und Zwischen- oder Endlagern auf Bundesebene erfolge. „Ich möchte klarstellen, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Entscheidung für eine der beiden Optionen getroffen wurde.“ Beide Optionen, der Neubau am Standort Jülich wie auch der Transport nach Ahaus, würden parallel von der zuständigen Jülicher Entsorgungsgesellschaft vorangetrieben. Allerdings bewerteten die Bundesministerien für Umwelt und Verbraucherschutz, für Bildung und Forschung sowie für Finanzen die sogenannte Ahaus-Option als „grundsätzlich vorzugswürdig“.

Mehrfach demonstrierten Atomkraftgegner und Klimaschutzler gegen die bevorstehenden Transporte von Jülich im rheinischen Kreis Düren nach Ahaus an der deutsch-niederländischen Grenze. Die Initiativen aus NRW fordern einen Stopp der Straßentransporte. Sie plädieren dafür, dass die Castoren stattdessen in

einer neu zu errichtenden Lagerhalle in Jülich bleiben sollten. Doch dieser dringend benötigte Neubau werde seit zehn Jahren seitens der Jülicher Entsorgungsgesellschaft systematisch verschleppt, hatten die Mitglieder der Landeskonferenz der Anti-Atom-Initiativen zuletzt am 15. Oktober kritisiert.

 Welt.de | 25.10.2023 WEBLINK

Atommüll in Asse: Umweltminister fordert Tempo bei Bergung

Seit Jahrzehnten gibt es ein Kommen und Gehen der Umweltminister am maroden Atommülllager Asse in Niedersachsen. Zu mehr Vertrauen der Menschen vor Ort hat dies aber nicht geführt. Kann der Grünen-Politiker Meyer dies ändern?

Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer pocht auf mehr Tempo bei der Rückholung der radioaktiven Abfälle aus dem maroden Atommülllager Asse. "Die Anlage muss schnell und sicher geräumt und stillgelegt werden", sagte der Grünen-Politiker vor einem Besuch am Mittwoch im Landkreis Wolfenbüttel. Die Pläne für die Bergung des schwach- und mittelradioaktiven Abfalls sollten aus Sicht des Ministers von der zuständigen Bundesgesellschaft für Endlagerung konkretisiert werden.

Zunächst will sich Meyer am Mittwoch unter Tage über den Stand der Rückholarbeiten informieren. Anschließend soll es eine Begehung des Baugrunds für ein mögliches Zwischenlager geben, bevor am Abend ein Bürgerdialog ansteht. Der ungelöste Konflikt um ein Zwischenlager sowie ein Vertrauensverlust in der betroffenen Region führten im vergangenen Jahr zum

Ende eines kritischen Begleitprozesses.

In dem ehemaligen Bergwerk bei Remlingen im Landkreis Wolfenbüttel liegen in 13 Kammern rund 126.000 Fässer mit den radioaktiven Abfällen. Weil Wasser eindringt, muss das Lager geräumt werden. Die BGE mit Sitz in Peine ist für den gesetzlichen Auftrag zuständig, die Anlage unverzüglich stillzulegen. Die Rückholung soll nach letzten Planungen 2033 starten, allein bis dahin rechnet die BGE mit Kosten von rund 4,7 Milliarden Euro und gibt eine Unsicherheit von plus minus einer Milliarde Euro an.

Mit Blick auf das Zwischenlager setzte sich Niedersachsen weiterhin für eine transparente Klärung der Standortfrage mit offenem Ausgang ein, teilte das Umweltministerium vorab mit. Der Bund solle sich aktiver vor Ort einbringen und auf die Argumente der Region eingehen.

RÜSSELSHEIMER ECHO

Rüsselsheimer Echo | 25.10.2023 | S. 13

Auflage: 2.929 | Reichweite: 12.502

Jörg Monzheimer

Biblis-Bauschutt: Jetzt klagt auch RWE**Nach dem Zweckverband Abfallwirtschaft Bergstraße will nun auch der Konzern den Sofortvollzug erzwingen**

KREIS GROß-GERAU. Die an Wendungen nicht eben arme Geschichte um die Ablagerung von freigemessenem Bauschutt aus dem Rückbau des Atomkraftwerks (AKW) Biblis auf der Büttelborner Deponie ist um eine Volte reicher: Nach dem Zweckverband Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße (ZAKB) hat nun auch die RWE Nuclear GmbH beim Verwaltungsgericht Darmstadt einen Antrag auf Sofortvollzug gestellt. Sowohl der ZAKB als auch RWE wollen erreichen, dass schwach strahlender, aber freigemessener Bauschutt möglichst bald auf die im Kreis Groß-Gerau gelegene Mülldeponie gebracht werden kann. Dazu haben beide Eilverfahren angestrengt.

Damit liegen beim Verwaltungsgericht Darmstadt nun drei Klagen vor. Neben denen von ZAKB und RWE ist das die der Südhessische Abfall-Verwertungs-GmbH (SAVAG), die sich in einem Hauptsacheverfahren dagegen wehrt, das Material anzunehmen. Die Büttelborner Deponie ist gewissermaßen in zwei Hälften geteilt. Neben der Riedwerke-Deponie gibt es die SAVAG-Deponie, an der Riedwerke, der Zweckverband Abfallverwertung Südhessen (ZAS) und die Meinhardt Städtereinigung zu gleichen Teilen beteiligt sind. Das Regierungspräsidium (RP) Darmstadt hat die SAVAG am 20. Juli dieses Jahres verpflichtet, die Biblis-Abfälle anzunehmen. Allerdings hat es auf den Sofortvollzug verzichtet, sodass der normale Rechtsweg beschritten werden kann.

Konkret geht es um 3200 Tonnen an Material

ZAKB und RWE aber wollen das Material - konkret geht es um 3200 Tonnen - so schnell wie irgend möglich loswerden. "Durch die Entscheidung des Regierungspräsidiums Darmstadt kann der ZAKB weiterhin seiner Verpflichtung nicht nachkommen, die freigemessenen mineralischen Abfälle aus dem Rückbau des Kernkraftwerks in Biblis verlässlich, planbar und zeitnah zu beseitigen", hatte der Bergsträsser Kreisbeigeordnete und ZAKB-Vorsitzende Matthias Schimpf (Grüne) die Klage begründet.

Einer, der sich schon seit Längerem gegen die Ablagerung von Biblis-Bauschutt in Büttelborn wehrt, ist Armin Hanus. Und auch wenn nun mit RWE ein großer Player klagt, bleibt der Sprecher der Bürgerinitiative (BI) Büttelborn dennoch gelassen. "Die können klagen. Ich bin da tiefenentspannt", sagt er. Ihm lägen mittlerweile drei Expertisen vor, die aus seiner Sicht sehr gut belegten, dass ein Sofortvollzug rechtlich nicht durchsetzbar sei. Zweifel an der Durchsetzbarkeit des Sofortvollzugs hatte auch die CDU-Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag, Ines Claus, geäußert. Sie hatte ebenfalls ein juristisches Gutachten in Auftrag gegeben.

Hanus weist darauf hin, dass nach Einschätzung der von ihm befragten Experten das Atomrecht keinen sofortigen Rückbau von Anlagen verlange. Außerdem verbleibe das betreffende Material so lange im Atomrecht, bis ein gesicherter Entsorgungsweg bestehe. Den aber gebe es aktuell nicht. Mitentscheidend ist seiner Auffassung nach, dass es sich um ein planbares und kein plötzlich auftretendes Einzelereignis handle, bei dem Gefahr in Verzug sei. Gegen den Sofortvollzug spreche der Umstand, dass die Entsorgung seit Jahren planbar sei, es sich qua eigener Definition der Antragsteller um ungefährliche Abfälle handle und sich der Abtransport über Jahre hinziehen solle. Allein zwischen 2026 und 2030 sollten knapp 1600 Tonnen nach Büttelborn gebracht werden. Bis 2026 aber hätte der RWE-Konzern seine eigene Deponie Vereinigte Ville bei Köln ertüchtigt, so Hanus. "RWE stiehlt sich aus der Verantwortung", so der BI-Sprecher, der auch eine immer wieder ins Spiel gebrachte Absprache der Länder, Bauschutt aus Atomanlagen im eigenen Bundesland zu entsorgen, für wenig belastbar hält. Hanus wirft dem ZAKB außerdem vor, seine Hausaufgaben nicht gemacht zu haben. Noch im Abfallwirtschaftskonzept von 2015 sei der Rückbau des AKW Biblis in keiner Weise berücksichtigt worden, obwohl das Bundeskabinett den Atomausstieg bereits 2011 beschlossen habe. Im neuen Konzept sei dies mit aufgenommen worden. Allerdings werde auch darauf verwiesen,

dass es sich bei der Bewältigung um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handele.

In der Klage von RWE werde dem Vernehmen nach Verwunderung darüber geäußert, dass es nun doch nichts mit dem vom Hessischen Umweltministerium und dem RP in Aussicht gestellten Sofortvollzug werde. "Es gab wohl entsprechende Signale aus der Politik", so Hanus. Auch bei der Info-Veranstaltung im Büttelborner Volkshaus im November 2022 hatten Umweltministerin Priska Hinz (Grüne), Regierungspräsidentin Brigitte Lindscheid (Grüne) und ein RWE-Vertreter vor mehr als 500 Besuchern den Sofortvollzug als unabwendbar verkaufen wollen. "Priska Hinz hat sich zur Helfershelferin von RWE gemacht, ohne die Rechtslage genauestens berücksichtigt zu haben", sagt Hanus.

Dass das Kraftwerksgelände als Zwischenlager nicht

geeignet sein solle, sei gerade lächerlich. findet Hanus. Auf dem Gelände gebe es nämlich schon zwei genehmigte Zwischenlager für schwach und mittelradioaktiv strahlende Abfälle, die von der zum Bund gehörenden BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH betrieben würden. Hinzu komme das bis 2046 genehmigte Brennelemente-Zwischenlager, in dem in Castoren bestrahlte Brennelemente gelagert werden.

3200 Tonnen entsprechen 160 Lkw-Ladungen

Die 3200 Tonnen Bauschutt entsprechen 160 Lkw-Ladungen, verdichtet gehe es um maximal 1000 Kubikmeter, sagt Hanus. Die BI glaubt nicht, dass es Chancen für den Sofortvollzug gibt, setzt auf den Faktor Zeit und langwierige juristische Verfahren. Ende 2030 nämlich erlischt die Betriebsgenehmigung der Büttelborner Deponie - und dann darf dort gar nichts mehr hin.